

„Kohleausstieg 2038? Schon wieder prescht Deutschland im Alleingang beim Klimaschutz vor und wieder sind die Bürger die Dummen!“ So schimpft sich´s leicht – aber stimmt´s eigentlich? Werfen wir doch einen Blick über den Tellerrand zu unseren Nachbarländern: Die Niederlande, Dänemark und Finnland steigen aus der Kohleverstromung spätestens 2030 aus, Griechenland 2028, Italien und Irland 2025. England (2024) und Frankreich (2023) konnten den Termin um jeweils ein Jahr vorziehen, Portugal und die Slowakei (beide 2023) sogar um sieben Jahre. Schweden gelang es, bereits zehn (!) Jahre früher der Kohle den Rücken zuzuwenden als geplant und ist – wie Österreich – seit April diesen Jahres clean. Und schon 2016 hatten Schottland und Belgien den Schlussstrich gezogen. Europa modernisiert sich schnell und schafft den Wandel von Arbeitsplätzen und Stromnetzen, ohne die Versorgungssicherheit zu gefährden. Der Ausbau der immer billigeren Erneuerbaren, die niedrigen Gaspreise und die CO<sub>2</sub>-Steuer drängen die Kohle ja ohnehin schrittweise aus dem Markt: Etwa die Hälfte der Kohlekraftwerke in der EU macht mittlerweile Verluste und kann nur mit Subventionen durch Steuergelder weiterlaufen. Eine aktuelle Greenpeace-Umfrage hat ergeben, dass die meisten Bürgerinnen und Bürger nach Corona nicht zurück ins Gestrern möchten.

Und da möchte die Bundesregierung die Kohlekraft tatsächlich noch bis 2038 künstlich am Leben halten? Deutschland ist doch schon jetzt der größte CO<sub>2</sub>-Emittent der EU! Die Kohlelobby hat aber hierzulande offenbar ganze Arbeit geleistet: Sie hat den Ausstieg verschleppt und verkompliziert, Schlupflöcher geschaffen und so das Klagerisiko erhöht. Mit ihrem engmaschigen Netz in Politik und Ministerien hat sie es geschafft, das Ausstiegsgesetz in eine Bestandsgarantie für den Weiterbetrieb besonders klimaschädlicher Braunkohlemeiler zu konterkarieren. Ohne substanzielle Gegenleistung dürfen sich die Konzerne gar auf Milliardenzahlungen aus Steuergeldern freuen.

Wenn die Bundesregierung in den nächsten Tagen über den Kohleausstieg beschließt, sollte sie vor allem eines bedenken: Es wäre kühn zu hoffen, dass die junge Generation, die heute mit Fridays for Future für Klimaschutz demonstriert, morgen mit ihren eigenen Steuergeldern ausgerechnet Kohlekraftwerke subventioniert.